

# Einladung zur Parteiversammlung

Donnerstag, 8. Februar, 19.30 Uhr, alte Post Lindenplatz (neben dem take-away)

## Traktanden

- 1 Begrüssung und Mitteilungen
- 2 Eidgenössische und kantonale Volksabstimmungen vom 4. März 2018  
**Eidgenössische Abstimmungen**
  - der Bundesbeschluss vom 16. Juni 2017 über die neue **Finanzordnung 2021**
  - die Volksinitiative vom 11. Dezember 2015 «**Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren**» (**Abschaffung der Billag-Gebühren**)  
**Kantonale Vorlagen**  
dazu Besuch und Information durch **Noam Schaulin**, JuSo BL
  - betreffend **Unvereinbarkeit der gleichzeitigen Mitgliedschaft in Regierungsrat Baselland und Bundesversammlung**
  - die Initiative «**Stimmrecht mit 16**» vom 8. September 2016
  - die Initiative «**Stimmrecht für Niedergelassene**» vom 8. September 2016
  - die Initiative «**Faire Kompensation der EL-Entlastung**» (**Fairness-Initiative**) vom 3. November 2016
- 3 **Geschäftsleitung SP BL**: Info zu den kant. Regierungs- und Nationalratswahlen 2019.
- 4 **Anlässe**
  - 4.1 Am Sa 14. April findet die Kantonale Delegierten-Generalversammlung der SP BL in Allschwil statt. Wir werden für das leibliche Wohl sorgen. **HelferInnen sind willkommen!**
  - 4.2 An der Parteiversammlung vom Dezember 2017 wurde der Wunsch, das traditionelle 1. Mai Frühlingsfest wieder durchzuführen, bekräftigt. Dazu müssten wir nun ein OK gründen.
- 5 **Diverses**

## Agenda

Do, 8. Februar	Parteiversammlung
Sa, 24. Februar	SP Schweiz – Delegiertenversammlung
Sa, 14. April	SP BL GV in Allschwil <b>Gastroangebot durch uns!</b>
Do, 26. April	Generalversammlung SP Allschwil
Di, 1. Mai	Frühlingsfest der SP Allschwil-Schönenbuch

Und am Mittwoch, 24. Januar, 28. Februar und 21. März tagt der Einwohnerrat!

## Adressen

**Co-Präsidium** Andreas Bammatter, Steinbühlweg 78/5  
Tel. 079 247 44 18, andreas.bammatter@gmail.com  
Christoph Morat, Baslerstrasse 312  
Tel. 061 482 03 07, christoph.morat@sp-allschwil.ch

**Finanzen** Ruth Nüesch, Baslerstrasse 272  
ruth.nuesch@upkbs.ch

## Impressum

**Fraktionschef** Etienne Winter, Parkallee 61  
Tel. 079 666 44 64, etienne.winter@sp-allschwil.ch

**Redaktion** Andreas Bammatter, Steinbühlweg 78/5  
Tel. 079 247 44 18, andreas.bammatter@gmail.com

**Fotos** z.V.g.

**Layout** Hanspeter Blattner, Schönenbuchstr. 91

# 2018

Neues Jahr, neues Spiel, neues Glück. 2018 bringt uns, wie jedes Jahr, wieder einige Neuerungen. Zum Beispiel wird Einkaufen günstiger, weil die Mehrwertsteuer von 8 auf 7.7% sinkt. Das heisst pro 100 Franken sparen wir immerhin 30 Rappen. Kein Wunder, sind die wirtschaftlichen Prognosen ziemlich rosig. Dafür wird Energie teurer. Ein typischer Haushalt mit ca. 4500 kWh Stromverbrauch wird etwa 13 Franken mehr bezahlen müssen. Die Kontrollen gegen Schwarzarbeit werden verbessert. Das ist eine gute Nachricht für alle, welche ehrlich ihr Geld verdienen und für alle Betriebe, welche sich an die geltenden Spielregeln halten. Und das ist doch eine klare Mehrheit. Es wird Verbesserungen für Teilzeitangestellte bei der IV geben. Auch die Intensivpflegezuschläge werden erhöht. Für die Betroffenen eine deutliche Verbesserung der persönlichen Situation. Dies sind nur einige kleine Beispiele, welche zei-

gen, dass es sich lohnt für Verbesserungen im Zusammenleben und im Alltag zu kämpfen. Auch wenn nicht alle gleich von den Errungenschaften profitieren können. Das nennt sich gelebte Solidarität, der Kitt unserer Gesellschaft. Dieser Kitt, diese Solidarität, wird bereits im März bei der Abstimmung über die No Billag Initiative einer harten Prüfung unterzogen. Hier wird die SP klar gegen eine Annahme kämpfen. Weitere wichtige Kampagnen, welche dieses Jahr zur Debatte stehen, sind Wahlrecht für Junge Leute und integrierte Personen ohne Schweizer Bürgerrecht, die Abstimmung über zahlbaren Wohnraum, die Abstimmung über Verbilligung von Krankenkassenprämien und so weiter. Es gibt also noch genug soziale Themen, welche irgendwann jeden etwas angehen. Und für das stehen wir auch 2018 ein gemäss unserem Motto: Für Alle statt für Wenige.

*Christoph Morat, für die SP Allschwil*

## NEIN zur No-Billag-Initiative **siehe dazu auch Beiblatt**

### Argumente der SP

Eine vierte Gewalt mit einem unabhängigen und vielfältigen Radio- und Fernsehangebot ist für unsere Demokratie unverzichtbar. Bei Annahme der Initiative muss nicht nur die SRG den Betrieb einstellen, auch 35 regionalen Radio- und TV-Stationen droht das Aus. Gerade in der Schweiz, wo die Bürgerinnen und Bürger mehrmals pro Jahr über teils komplexe Vorlagen befinden und wo die sprachliche und geographische Vielfalt gross ist, wäre das verheerend.

### Medien-Monopoly für Reiche und Mächtige

Bei einer Annahme drohen italienische oder amerikanische Verhältnisse mit politisch gesteuerter Einflussnahme auf die öffentliche Meinungsbildung. Die Radio- und Fernsehkonzessionen müssten an den Meistbietenden versteigert werden. Kriterien wie Service Public, Demokratie oder Vielfalt spielten dabei keine Rolle.

### Kommerz statt Qualität

Nebst Milliardären mit politischem Programm würden rein kommerzielle Anbieter aus dem In- und Ausland die Lücke füllen. Diese richten sich natur-

gemäss einzig nach der Quote. Information, Kultur und Bildung lassen sich aber über den kleinen Schweizer Markt nicht finanzieren. Ohne Gebühren und Leistungsauftrag entfielen für die SRG auch die Verpflichtung, bezüglich journalistischer Arbeit eine Vorbildfunktion zu übernehmen.

### Verlust der regionalen Vielfalt

13 Regional-TVs sowie 22 Regionalradios senden heute auch dank Gebührengeldern, ihnen allen droht bei einem Ja das Aus. Besonders bitter wäre dies für Randregionen, in denen ein kostendeckender Betrieb ohne Gebühren schlicht nicht finanzierbar ist.

### Höhere Kosten für weniger Inhalt

365 Franken pro Jahr bezahlt künftig jeder Haushalt für die SRG-Angebote in vier Landessprachen und für 35 Regionalsender. Ein vergleichbares Programm «à la carte» von Privaten wäre viel teurer. Bereits ein Pay-TV-Jahresabonnement nur für Sport – zum Beispiel um Roger Federer spielen zu sehen – ist teurer als die heutigen Rundfunkgebühren. Ein Wechsel von der Gebührenfinanzierung hin zu kostenpflichtigen Abonnementen würde höhere Kosten für weniger Inhalt bedeuten.